

THAILANDS GENERALE NAHMEN DEM VOLK DIE WAHL AB - EIN BERICHT AUS BANGKOK

Henri Blum

1. Einführung

Thailand ist von der Ausnahme zur Regel zurückgekehrt. Seit dem 6. Oktober 1976 regiert wieder die Armee. Angeblich auf Veranlassung des Königs ist zwar eine aus Zivilisten zusammengesetzte Regierung gebildet worden. Doch die Macht liegt nach wie vor in Händen des "Beratenden Ausschusses" der Regierung, in den sich der ursprüngliche "Reform-Rat zur Verwaltung des Landes", also die putschende Junta, verwandelt hat. Nach wie vor ist über das Land das Kriegsrecht verhängt. Zum ersten Mal in seiner Geschichte erlebt die Stadt Bangkok eine sich über mehrere Monate hinziehende nächtliche Ausgangssperre. Da die Nachrichten-Medien gelenkt bzw. einer Selbstzensur unterworfen sind, blühen Gerüchte, Spekulationen und wächst die Unsicherheit. Nachdem die neue Regierung die Erwartungen, die ihre Sympathisanten in sie gesetzt hatten, längst nicht erfüllte, mehren sich immer wieder Gerüchte über einen bevorstehenden neuerlichen Staatsstreich. Diese werden u.a. dadurch genährt, daß die Widersprüche im herrschenden Lager so stark zu sein scheinen, daß sie selbst Eingang in die Presse finden.

Vor dem 6. Oktober lagen drei Jahre, in denen Thailand das System der parlamentarischen Demokratie praktizierte oder zumindest versuchte. Immerhin war dies die längste Periode in der thailändischen Geschichte, in der das Volk mitzureden hatte. In diesen drei Jahren hatte sich Thailand gerühmt, vielleicht abgesehen von Japan das liberalste Land Asiens zu sein. Doch die drei Jahre waren auch gekennzeichnet von so starken inneren Zerwürfnissen und Konflikten, daß ein großer Teil der Bevölkerung das Vertrauen in das parlamentarische System verlor und es damit der Armee erleichterte, die erneute Machtübernahme relativ reibungslos zu vollziehen.

2. Das Ende der Demokratie

Das demokratische Experiment begann am 14. Oktober 1973 mit einem blutigen Aufstand, der sich spontan entzündet hatte, wenn auch die diversen oppositionellen Studenten- und Intellektuellen Gruppen damals die Meinungsführer gestellt hatten. Diese Spontaneität und mangelnde Planung war auch einer der Gründe für das Scheitern der Demokratie in Thailand. Die Menge der Bevölkerung, die damals an den Demonstrationen teilnahm, drückte in ihrem Enthusiasmus für die Demokratie nur ein allgemeines Mißbehagen über die Diktatur der Militärs aus. Ein konkretes Programm darüber, was nach dem unerwarteten Sieg zu tun sei, bestand nicht. Es war der König selbst, der den drei mächtigsten Männern des Militärregimes empfahl, zeitweilig das Land zu verlassen, Feldmarschall Thanom Kittikachorn, der Premierminister; Feldmarschall Praphat Charusathien, sein Stellvertreter, und Oberst Narong Kittikachorn. Und es war ebenso der König, der die Ernennung des Interims-Premier Prof. Sanya Thammasak vornahm, eines konservativ-liberalen Obersten Richters ohne politisches Geschick.

Die wichtigsten Gruppen, die damals für eine parlamentarische Demokratie eintraten, waren die Studenten und Intellektuellen in Bangkok und einigen Provinzhauptstädten, die gewerkschaftlich organisierten städtischen Arbeiter, Teile der zivilen Administration sowie - wenn auch halbherzig - die nationalistisch orientierte Bürgerschaft der Metropole Bangkok-Thonburi. Der Aufstand ging an der Bauernschaft weitgehend vorbei, wenngleich in der Folgezeit die Bauern mehr von ihren Rechten Gebrauch machten.

Die Politisierung und Formierung der staatstragenden Organisationen erfolgte erst nach dem erfolgreichen Aufstand vom 14. Oktober 1973. Die Gewerkschaftsbewegung, die nur bestimmte Teile der Arbeiterschaft in den größeren Betrieben, darunter vielen staatlichen und halbstaatlichen umfaßte, versuchte sich auszuweiten und ein Programm zu formulieren. Ihre Politik schwankte zwischen partnerschaftli-

chem Verhältnis zu den Kapitaleignern und politischem Kampf gegen den Kapitalismus. Die Studenten und Intellektuellen konzentrierten ihre Bemühungen hauptsächlich auf die Bauernschaft.

Für einen großen Teil der Bevölkerung waren jedoch die drei Jahre Demokratie enttäuschend. Die Zeit war gekennzeichnet vom Aufbrechen der verdeckten Widersprüche der Thaisgesellschaft, von Hunderten von Streiks, vielen Demonstrationen, sprunghaftem Ansteigen der Kriminalität, unklaren Machtverhältnissen, zwei Parlamentswahlen und mehreren Regierungen. Auch die öffentliche Verwaltung, gespalten in Systemgegner und Systembefürworter, zerrieb sich an inneren Spannungen und wurde paralysiert.

Die rechtsgerichteten, ultrakonservativen Kreise, die nach wie vor in ihren Ämtern blieben und aus Sorge vor einem Staatsstreich von den gewählten Regierungen nicht gefeuert wurden, saßen am längeren Hebel. Die Massenmedien waren zum Beispiel nach wie vor in ihrer Hand. Die Provinz- und Lokalverwaltung erfuhr wenig grundlegende Veränderungen. Die politische Rechte trat - erfolgreich, wie sich nun zeigte - zu einem sorgfältig geplanten Kampf gegen ihre politischen Gegner an, die unversehens zur Herrschaft gelangt waren. Demokratische und progressive Organisationen wurden durch anonyme Telephonanrufe bedroht, politische Morde waren an der Tagesordnung. Der spektakulärste Fall war das Attentat auf den Geschäftsführer der Sozialistischen Partei, Bunsanong Bunyathayan, das die Regierung, damals unter Kükrit Pramot, niemals aufklären konnte oder wollte.

Während sich die Intellektuellen und Arbeiterführer aufgrund der Hoffnungslosigkeit zunehmend radikalisierten, formierte die Rechte halbanonyme paramilitärische Verbände, die - relativ offen - bewaffnet gegen demokratische und linksstehende Pressur-groups vorgingen und fast niemals vor Gericht gestellt wurden. Es steht außer Zweifel, daß ein großer Teil der Maßnahmen zur Einschüchterung radikaler oder demokratischer politischer Gruppen auf das Konto zwei-

er solcher Organisationen geht, nämlich der Schlägergruppe der "Krathing Daeng" (Red Gaurs) und der semi-mystischen "Nawaphon"-Bewegung, zu deren Mitgliedern auch der nach dem 6. Oktober 1976 ernannte Premierminister Thanin Kraiwichian gehört. Gleichzeitig wurden Versuche der Intellektuellen, mit populistischem Idealismus die ländliche Bevölkerung als tragende Klasse für die Demokratie zu gewinnen, mehr und mehr erschwert durch eine konservative Politisierung der Bauern, die von seiten der Provinz und Distrikt-Verwaltung lanciert wurde.

Die Spannungspitzen sich im Jahre 1976 immer mehr zu, als die drei exilierten Vertreter des gestürzten Militäregimes, offenbar "eingeladen" von gleichgesinnten Kreisen in Thailand, versuchten zurückzukehren. Erfolgreich war schließlich Feldmarschall Thanom Kittikachorn. Er hatte sich in einem Thai-Tempel in Singapur als buddhistischer Mönch ordinieren lassen, war in der gelben Robe ins Land geschlüpft und vom Abt des Bangkokker Klosters Bowoniwet aufgenommen worden "weil kein Verfahren gegen ihn vorliegt". Niemand wagte gegen den Mönch Thanom, der ohnehin der wenigst gehaßte unter den drei "Diktatoren" war, vorzugehen. Auch die radikaleren Gruppen begnügten sich anfänglich mit Protestplakaten und Forderungen an die Regierung. Deren halberzige Versuche, Thanom zum Aufenthalt in einem Thaikloster in Indien zu bewegen, scheiterten an seinem Widerstand. Kurz darauf schlug eine andere Nachricht wie eine Bombe ein: Zwei Arbeiter, die nachts in der naheliegenden Provinzhauptstadt Nakhon Pathom Plakate zur Teilnahme an einer großen Protestaktion in Bangkok gegen die Präsenz von Thanom geklebt hatten, waren erwürgt oder erhängt aufgefunden worden. Nach angeblichem Bestreiten mußte der Polizeichef unter dem Druck der Beweislast zugeben, daß der Mord von seinen eigenen Polizeileuten verübt worden war. Studentenschaft und Labour-Council waren außer sich. Nach einer großen Kundgebung auf dem Zentralplatz in Bangkok verbarrikadierten sich die Studenten in der Thammasat-Universität und protestierten Tag und Nacht. Sie forderten die sofortige Exilierung von Thanom Kittikachorn

und die Festnahme der schuldigen Polizeibeamten in Nakhon Pathom.

Am Vorabend des Staatsstreiches, also am 5. Oktober 1976, trat unerwartet Premierminister Seni Pramot vor den Bildschirm und ordnete eine sofortige Untersuchung der studentischen Aktionen in der Thammasat-Universität an. Was war geschehen? Einige Zeitungen hatten am gleichen Tag ein Bild aus der Thammasat-Universität veröffentlicht, wo zwei Studenten die Erhängungsszene als politisches Schauspiel dargestellt hatten. Rechtsgerichtete Propagandisten erkannten in einem der beiden Schauspieler eindeutig Ähnlichkeiten mit dem Kronprinzen Vachiralongkorn, dem Sohn des gegenwärtigen Königs Phumiphon Adunyadet. Der casus belli, schwere Majestätsbeleidigung, war da, - gewollt oder ungewollt. Tausende und Abertausende von mobilisierten Thais erkannten darin die Anspielung, daß der Kronprinz gehenkt werden sollte - die Studentenbewegung war damit zum Staatsfeind No.1 geworden.

Zum Zeitpunkt, als der Premierminister Seni Pramot die Untersuchung anordnete, war das neue Kabinett erst wenige Stunden eingeschworen. Denn die Rückkehr Thanoms als Mönch hatte die Regierung selbst in eine schwere Krise geworfen, in deren Verlauf - während einer Kabinettsitzung - Seni Pramot spontan seinen Rücktritt erklärt hatte. Untersützt von anderen Kabinettsmitgliedern erklärte er sich jedoch kurz darauf wieder bereit, erneut als Premier zu fungieren. Der Vorstand seiner Demokratischen Partei ließ ihm aber keine freie Wahl in der Frage, welche Partei-Mitglieder welche Ministerposten besetzen sollten. Denn hier schwelte schon seit Monaten ein tiefer Konflikt zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei. In der endgültigen Kabinettsliste wurden schließlich zwei konservative Persönlichkeiten, darunter der vormalige stellvertretende Innenminister Samak Suntharawat, der sich bei der Bevölkerung durch Rufe nach Ruhe und Ordnung beliebt gemacht hatte, so degradiert, daß er es ablehnte, in dem Kabinett mitzuwirken. Dieser Sieg des linken Flügels in der Demokratischen

Partei war - neben den Studentenunruhen - für die Armee ein weiterer Grund für die Machtergreifung.

Was sich am Morgen des 6. Oktober 1976 ereignete, ist an Grausamkeit wohl beispiellos in der neueren thailändischen Geschichte. Während vor dem Reiterstandbild des Reformkönigs Chulalongkorn (gest. 1910) eine rund 100.000 köpfige Menge, aufgepeitscht von den Massenmedien der Armee, gelobte, für Vaterland, Religion und Königtum "hier zu kämpfen und hier zu sterben", richteten ein aufgebrachter Mob und bezahlte Schlägertrupps in und um die Thammasat-Universität ein scheußliches Blutbad unter den linken Demonstranten an. Allein 5 Personen wurden gelyncht, gehenkt und nachträglich, in einem Fall noch lebendig, mit Benzin übergossen und verbrannt. All das geschah im Verlauf der Polizeiaktion, die der Premierminister wegen der angeblichen Majestätsbeleidigung des Kronprinzen angeordnet hatte. Doch als die Polizei damit begann, die Thammasat-Universität zu "räumen", waren die verantwortlichen Studentenführer sowie die zwei verdächtigsten Darsteller schon längst zum Premierminister gefahren und unterwegs verhaftet worden. Ein weiterer Grund für den Polizeieinsatz war, daß die Studenten "mit schweren Waffen, die nur im Krieg verwendet werden", aus der Thammasat-Universität herausgeschossen hatten. In der Tat hatten sich schon bei früheren ähnlichen Demonstrationen die Studenten durch eine bewaffnete Schutztruppe gegen Eindringlinge geschützt, die Granaten werfen wollten. Die nachträglich in der Thammasat-Universität gefundenen Waffen waren jedoch zahlenmäßig gering. Auch nach der Zahl der nicht-studentischen Opfer der Schießereien zu schließen, war der bewaffnete Widerstand aus der Thammasat-Universität relativ gering. Insgesamt kostete der letzte Kampf nach offiziellen Angaben 41 Menschenleben (nach inoffiziellen mehr als 100), davon der größte Teil Teilnehmer der Demonstration im Innern. Mehr als 3000 Menschen wurden in und in der Nähe der Universität festgenommen. Sie mußten sich auf den Boden legen, den Oberkörper freimachen - einschließlich der Frauen und Mädchen - und unter Beschimpfungen, Bespucken und Fuß-

tritten des Mobs bis zu den Lastwagen kriechen, die sie weg-schafften.

Noch am gleichen Abend um 19 Uhr vernahmen die Thai-länder, daß die Armee die Macht übernommen hatte, unter Führung eines "Reform-Rates", der sich aus den Vertretern aller drei Waffengattungen zusammensetzt. Die Erklärung versuchte den Eindruck zu erwecken, als habe die Armee die Verantwortung übernommen, um weitere Ausschreitungen wie an dem Morgen zu verhindern. Doch es ist ganz ohne Zweifel, daß Teile der Armee hinter den Leuten stehen, die das Blutbad angerichtet haben. Es ist auch nicht versucht worden, die-jenigen strafrechtlich zu verfolgen, die die Lynchaktionen begangen haben, obschon sie in allen Abendzeitungen des 6. Oktober noch ausgiebig in Bildern veröffentlicht waren.

Zusammenfassend können für das Ende der Demokratie in Thailand die folgenden Gründe angegeben werden:

- Es fehlte eine tragende Schicht zur Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen parlamentarischen Demokratie.
- Die Demokratische Partei, die aus den letzten Parlaments-wahlen als stärkste Partei hervorgegangen war (ohne aller-dings die absolute Mehrheit zu gewinnen), besaß weder ein klares Programm noch eine zuverlässige Parteidisziplin; als der linke Flügel numerisch die Oberhand gewann, waren die Tage der Demokratie gezählt.
- Je hilfloser die Intellektuellen und Studenten Bedrohungen und Verunglimpfungen ausgesetzt waren, desto mehr ra-dikalisierten sie ihre Strategie und verloren damit das Verständnis bei der Bevölkerung.
- Die Unfähigkeit und Schwäche der parlamentarischen Regie-rungen riefen bei der Bevölkerung den Eindruck hervor, daß das demokratische System in Thailand nicht funktio-niert und man statt dessen zum autoritären Regime zurück-kehren sollte.
- Die Streitkräfte wurden in den Demokratisierungsprozeß nicht mit einbezogen, sondern als gefährlicher Gegner

isoliert, mit dem man geschickt umgehen müsse.

- Die Interessen der Oberschicht wurden durch die sich kampfbewußt organisierende städtische Arbeiterschaft tangiert. Sozialistische Studentengruppen, die auf die Arbeiterbewegung Einfluß nahmen, stellten eine Bedrohung für die freie Unternehmerschicht dar.
- Die zivile und Militär-Verwaltung wurden fast unverändert in der Form weitergeführt, wie sie vom Regime des Feldmarschalls Thanom übernommen worden waren, um keine gefährlichen Konflikte zu riskieren.
- Die Medien wie Rundfunk und Fernsehen wurden nicht unter öffentliche Kontrolle genommen. Ein großer Teil davon blieb auch in der Verantwortung der Streitkräfte.
- Die Berichte der Flüchtlinge aus Indochina, oftmals noch propagandistisch verfälscht, haben die Bereitschaft der Bevölkerung, auch nur einer milden Form von Sozialismus das Wort zu reden, beträchtlich reduziert.

3. Das "kommunistische Komplott"

Nach dem Staatsstreich vom 6. Oktober 1976 versuchten die Massenmedien, die Notwendigkeit der Machtergreifung durch das Militär zu begründen. Nun hieß es, ein kommunistisches Komplott, in dem selbst Kabinettsmitglieder der demokratischen Partei verwickelt seien, hätte verhindert werden sollen. Die Beweise, die der Bevölkerung dafür geliefert wurden, waren jedoch außerordentlich dürftig. Kabinettsmitglieder, die von der rechtsstehenden Presse als kommunistenfreundlich angegriffen wurden, haben inzwischen - nach einer kurzen Wartepause - Anzeigen wegen Verleumdung erstattet. Auch die Rolle, die Vietnam bei diesem "kommunistischen Komplott" angeblich gespielt haben soll, ist unklar. Nachdem die Beweisstücke in der Thammasat-Universität nicht sehr überzeugend waren, mußte erneut die vietnamesische Minorität, die seit dem Indochina-Krieg hauptsächlich im Nordosten am thailändischen Mekhong-Ufer siedelt, Vorwürfe und Verhaftungen über sich ergehen lassen. Daß diese Minorität, die

schon mehrfach nach Vietnam rückgesiedelt werden sollte, keine unfreundliche Haltung ihrem Vaterland gegenüber einnimmt, ist seit langem bekannt. Aber dafür, daß diese Vietnamesen die thailändische Linksbewegung beeinflusst hätten, sind bislang ebenso stichhaltige Beweise ausgeblieben.

Um das ganze Netz der Bekanntschaften von linken Politikern, Intellektuellen, Lehrern und Studenten zu durchforschen, haben Armee und Polizei unmittelbar nach dem Staatsstreich eine Verhaftungswelle folgen lassen. Viele dieser Personen wie auch die größte Zahl der Demonstranten aus der Thammasat-Universität sind bald darauf wieder mit oder ohne Kautionsfreigabe freigelassen worden. Lediglich die wichtigeren Persönlichkeiten, wahrscheinlich einige Hundert, sind nach wie vor in Haft. Ebenso wurden Razzien in Buchläden, Gewerkschaftsbüros und anderen demokratischen Einrichtungen durchgeführt, bei denen viele Lastwagenladungen mit kommunistischem Beweismaterial, linken Buchveröffentlichungen und Flugblättern beschlagnahmt und teils öffentlich verbrannt wurden. Der allergrößte Teil davon war jedoch vor dem 6. Oktober frei verkäuflich auf dem Büchermarkt.

In den drei Jahren Demokratie zwischen 1973 und 1976 hatte in der Tat eine linke Politisierung stattgefunden. Marx, Engels, Lenin, Mao, all diese Autoren waren auf dem Markt, teils in recht schlechten thailändischen Übersetzungen. Das langwährende intellektuelle Vakuum unter der Militärdiktatur von Thanom Kittikachorn und der Überdruß über die planlose, die sozialen Unterschiede verschärfende Entwicklungspolitik Thailands führte dazu, daß sich viele nach neuen Perspektiven umschaute. Trotzdem blieb die Radikalisierung und politisch-theoretische Durchdringung auf eine marginale Gruppe von Intellektuellen beschränkt.

Nach wie vor war das Antikommunisten-Gesetz in Kraft, wenngleich auch Überlegungen im Gange waren, die Kommunistische Partei Thailands wieder zuzulassen, um damit den Untergrund und die Guerilla auszuschalten oder zumindest transparenter zu machen. Nach wie vor hatten Regierungs-

truppen Zusammenstöße mit den Truppen der kommunistischen sog. "Befreiungsfront". Wie gering die Bereitschaft der Bevölkerung war, eine sozialistische Politik zu unterstützen, zeigt sich auch in der Tatsache, daß die Sozialistische Partei Thailands, die eine "Diktatur des Proletariats" auf parlamentarischem Wege erreichen wollte, nur 2 Abgeordnete im Parlament hatte. Die Partei des Magsaysay-Freisträgers, Dr. Krasae Chanawong, die "Neue Kraft" heißt und etwa eine der SPD vergleichbare Politik verfolgt, erhielt nur 3 Abgeordnete bei den letzten Wahlen. Der "linke Flügel" der bis zum 6. Oktober 1976 regierenden Demokratischen Partei vertrat eine Position, die der "Neue Kraft"-Partei sehr ähnlich war. Zeitweilige Kontakte dieser Gruppe mit dem radikaleren Nationalen Studenten Zentrum, das eine bedeutende Pressuregroup darstellte, waren meist von taktischen Überlegungen diktiert und sind nicht auf ideologische Übereinstimmungen zurückzuführen.

Man könnte vielmehr umgekehrt sagen, daß der Staatsstreich erst ein "kommunistisches Komplott" hervorgerufen habe. Denn Folge der Razzien und Festnahmen war, daß eine große Zahl von Intellektuellen und gefährdeten Personen untergetaucht sind, um Verhaftungen zu entgehen. Seitdem sich Gerüchte über Folterungen und Unterbringung in "Tigerkäfigen" mehren, ist die Bereitschaft "aufzugeben" nicht sehr groß geworden. Diejenigen, die Verhaftungen fürchten, sind entweder noch untergetaucht oder ins Ausland geflüchtet oder haben sich der illegalen Kommunistischen Partei Thailands angeschlossen. Die neue Regierung bestätigt inzwischen, daß einige hundert Intellektuelle sich der Guerilla-Armee angeschlossen haben. Diese Zahl ist zwar nicht hoch, doch ist die Tatsache bedeutsam, daß es sich um Leute mit guter Ausbildung handelt. Denn der Mißerfolg der Kommunistischen Partei Thailands war in der Vergangenheit teils darauf zurückzuführen, daß ethnische Minoritäten darin relativ stark vertreten waren und die Kader lediglich aus den ländlichen Gebieten stammten, wo die Untergrundarmee operierte. Dies ist nun anders geworden. Die Kommunistische Partei hat sich

jetzt darauf eingerichtet, eine Volksfront-Bewegung zu initiieren. Über ihre geheimen Radiosender, die täglich zu verschiedenen Stunden in den verschiedenen Landesdialekten Sendungen ausstrahlen, hat die Partei eine Erklärung zur Machtübernahme durch die Militärs abgegeben, die eindeutig für die Politik der vorher legalen linken Opposition Stellung nimmt. "Blut kann nur mit Blut gewaschen werden" lautete die Aufforderung zum bewaffneten Widerstand. Wenige Tage später gab der stellvertretende Geschäftsführer der bislang parlamentarischen "Sozialistischen Partei Thailands", Khaissen Süksai, über die gleichen Sender eine Erklärung ab, wonach nun der Kampf gegen die "faschistischen Militärs" und die "ultrarechte Reaktion" bewaffnet geführt werden müsse. In den darauffolgenden Monaten gab es noch eine Reihe weiterer solcher Erklärungen von bekannteren linken Persönlichkeiten, die früher ihre Ziele mit parlamentarischen Mitteln zu erreichen suchten und nun mit der Kommunistischen Partei eine Allianz geschlossen haben.

Eine größere Anzahl von Intellektuellen ist nach Laos geflohen und dort angeblich in politische Schulungskurse als Vorbereitung für den Guerilla-Kampf geschickt worden. Laos jedoch, das so stark abhängig von der Lebensmittelfuhr aus Thailand ist, scheint über diese Flüchtlinge nicht sehr begeistert zu sein. In Vientiane werden sie jedenfalls von ausländischen Besuchern ferngehalten.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß seit dem Staatsstreich nicht der Nordosten, der an Laos angrenzt und eine lange Geschichte von Aufständen hat, sondern der Süden Thailands Ausgangspunkt einer militärischen Offensive der Kommunisten wurde. Schwerpunkt ist die Provinz Surathani, wo mehrere Anschläge auf Regierungstruppen verübt worden sind und wo Ende 1976 der stellvertretende Provinzgouverneur erschossen wurde, als er mit dem Hubschrauber über dem Gebiet kreiste. In dem Berggebiet, das auch einige benachbarte Provinzen umfaßt, sollen rund 200 flüchtige Studenten zu der Guerilla gestoßen sein und es angebe-

lich verstanden haben, 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung unter ihren Einfluß zu bringen.

Die Regierungstruppen haben in den Wochen und Monaten seit dem Staatsstreich schwere Verluste erlitten. Jetzt hat die Armee eine Gegenoffensive gestartet, die sich nicht nur gegen die thailändische Untergrundarmee richtet, sondern auch gegen die malayische Separatistenbewegung, deren Verbände an der thailändisch-malayischen Grenze operieren. Die Strategie der Armee ähnelt dabei der, die in Vietnam angewandt wurde: temporäre Umsiedlung der Bevölkerung, Luftbombardement, psychologische Kriegsführung und Aushungern der im Dschungel versteckten Truppen.

4. Die neuen politischen Institutionen

Für die überwiegende Mehrheit der loyalen thailändischen Bevölkerung hat der neue Premierminister Thanin Kraiwichian verschrieben, das "ABC der Demokratie zu lernen". Denn obwohl die Demokratie gerade abgeschafft wurde, operieren die neuen Machthaber stets mit dem Terminus "Demokratie". Thanin behauptete sogar vor ausländischen Journalisten, er strebe einen demokratischen Sozialismus wie etwa in England oder Dänemark an. Auch in der Verfassung, die die Militärjunta innerhalb weniger Wochen ausgearbeitet hatte, ist von Demokratie die Rede. In Artikel 2 heißt es: "Thailand adopts the democratic form of Government with the King as head of state" und in Artikel 3 heißt es: "Sovereign power emanates from the Thai people ...". All diese Formeln sind jedoch mehr Versprechungen für die Zukunft als Beschreibungen der Gegenwart. Auch der Verfassung zufolge wird die volle parlamentarische Demokratie erst in etwa 12 Jahren verwirklicht sein. Für die ersten vier Jahre dieser Zeitspanne sind nämlich keinerlei Wahlen vorgesehen, in denen das Volk seinen Willen kundtun könnte.

Der Premierminister Thanin Kraiwichian, ein ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof, wurde von der Militärjunta ernannt. Er hat sich zwar durch einige Bücher als strammer

Antikommunist ausgewiesen aber keine Erfahrungen als Politiker. Eine ähnlich konservative Position vertreten die Kabinettsmitglieder, die von ihm in Übereinstimmung mit der Militärjunta ausgewählt wurden. Lediglich zwei Minister gehörten schon den Kabinetten der demokratischen Regierung von Seni Pramot an: der Innenminister Samak Suntharawat, der bei der Kabinettsumbildung der demokratischen Regierung kurz vor dem Staatsstreich wegen seiner Zugehörigkeit zum rechten Flügel der demokratischen Partei degradiert wurde und damit ausschied, und der Verteidigungsminister Marine-Admiral Sangad Chaloyu, der schon zwei Tage vor dem Staatsstreich diesen Posten bekleidete, und auch als vorgeschobener Präsident der Militärjunta fungierte. Beide Persönlichkeiten, obwohl Mitglied oder der demokratischen Partei nahestehend, hatten die Abschaffung der Demokratie wesentlich mitveranlaßt.

Ebenso wie die Regierung so ist auch das Parlament nicht gewählt, sondern ernannt worden. Da es nicht nur von der Militärjunta ernannt ist, sondern auch mehrheitlich aus Beamten und Militärs besteht, kann von einer Gewaltentrennung kaum die Rede sein. Das regierende Lager übertrug die Kontrolle für seine Arbeit sich selbst. Die Befugnisse der Legislative, "National Administrative Reform Assembly" genannt, sind begrenzt. Die gegenwärtige Diskussion darüber, ob die ernannten Abgeordneten auch Anfragen und Gesetzesvorlagen einbringen können, verdeutlicht dies bereits. Das Recht, die Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen, steht dem Parlament nicht zu.

Darüber hinaus besteht noch die Militärjunta, die bis zur Bildung der Regierung als "National Administrative Reform Council" fungierte und sich dann in einen Beraterausschuß der Regierung verwandelte. Dieser Ausschuß blieb bislang weitgehend im Hintergrund, obwohl angenommen wird, daß die wirkliche Macht im Staate bei ihm liegt. Seine Zusammensetzung ist relativ heterogen, da versucht wurde, durch den Einschluß möglichst aller wichtigen Persönlichkeiten der drei Waffengattungen der Streitkräfte sowie der Polizei die Gefahr eines Gegen-Staatsstreiches zu verhindern. Es scheint

jedoch außer Zweifel, daß die militärischen Führer der 1. Division, die die Hauptstadt Bangkok kontrolliert, den Staatsstreich lanciert haben und auch nach wie vor im Ausschuß den größten Einfluß ausüben.

Erst nach vier Jahren, "wenn es die Umstände zulassen", sollen Parlamentswahlen erfolgen. Dieses Parlament wird jedoch nicht alleinverantwortlich als Legislative fungieren, sondern von einem ernannten Senat begleitet sein, dem weitreichende Befugnisse zugestanden werden. Nach weiteren vier Jahren sind erneut Parlamentswahlen versprochen und die Kompetenzen des Senats sollen danach verringert werden. Erst nach weiteren 4 Jahren, also nach insgesamt 12 Jahren, sollen die Wahlen für ein Parlament stattfinden, das allein für die Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung verantwortlich sein soll. Ein Senat wird dann nicht mehr bestehen. Auf diese Weise will das herrschende Lager die Bevölkerung zu einer Art von Demokratie erziehen, die "Vaterland, Religion und Königtum" nicht aufs Spiel setzt.

All den Kräften, die gegen diese geheiligten Institutionen antreten, ist von den neuen Machthabern der Kampf angesagt. Dazu gab die Militärjunta der Regierung weitgehende Vollmachten an die Hand. Der Artikel 21 der Verfassung wurde von den thailändischen Zeitungen als weitergehender interpretiert als die entsprechenden Notstandsregelungen unter der Diktatur des Feldmarschalls Sarit Thanarat (gest. 1963).

Das von der Militärjunta modifizierte Anti-Kommunisten-Gesetz, das in Thailand auch während der dreijährigen demokratischen Periode bestand, gibt dem Premierminister ebenfalls weitreichende Vollmachten. Zum Beispiel können bestimmte Regionen zu kommunistisch infiltrierten Zonen erklärt und der Bevölkerung die Einreise in diese Zonen verwehrt werden. Auch kann thailändischen Staatsangehörigen verboten werden, bestimmte Länder der Erde zu besuchen. Zur Festnahme von verdächtigen Personen in einer als infiltriert erklärten Zone bedarf es keiner Vorlage von Beweismaterial. Sofern Verhaftete in Gefängnissen sterben, kann die Untersuchung

der Todesursache dann unterbunden werden, wenn dies das Verfahren stört, aufgrund dessen die Verhaftung stattfand.

Abgesehen von der Ausmerzungen der kommunistischen Bewegung und ihrer Sympathisanten hat die Regierung auch den Kampf gegen andere "Feinde der Gesellschaft" erklärt, wie etwa Herumtreiber, Bettler, widerspenstige Elemente etc. All diese Feinde werden in Erziehungslager gebracht, eine neue Alternative zu den herkömmlichen Gefängnissen, für die gleich mehr als 40 Millionen Baht zur Verfügung gestellt wurden. Weitere Punkte des Regierungsprogramms sind die Drogenbekämpfung und die Bekämpfung der Korruption der Beamten. Angesichts der Tatsache, daß darin aber selbst hohe Vertreter des regierenden Lagers verwickelt sind, verspricht dies wenig Erfolg.

Einer der wichtigsten Programmpunkte der Regierung ist die Förderung des Investitionsklimas. Für ausländische Investoren sind bereits eine Reihe von Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren veranlaßt worden. Auch sind nach wie vor Arbeitskämpfe verboten und die Gewerkschaftsbewegung eingeschüchtert, wenn auch nicht verboten. Die Förderung des Investitionsklimas hat nach der Erklärung der Regierung das Ziel, die Kluft zwischen Arm und Reich zu vermindern und damit auch der Gefahr kommunistischer Propaganda durch soziale Maßnahmen zu begegnen. Da die Position der Arbeitnehmervertretung durch die Militärjunta aber nun wesentlich geschwächt wurde, befürchten viele Kritiker, daß sich diese Kluft eher vergrößern wird.

Die neuen Machthaber haben die Rolle des Königtums wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Sie stützen sich dabei auf die Ideologie der Massen der thailändischen Bevölkerung, die noch stark von der Tradition geprägt ist. Aus dem Buddhismus ist die Karma-Idee bedeutsam, derzufolge derjenige über Macht und Einfluß verfügt, der in der Vergangenheit oder in früheren Existenzen viele verdienstvolle Werke vollbracht hat. In Konsequenz dieser Idee wurde der König als ein Wesen gedacht, das seine Stellung einer über-

wältigenden Fülle solcher verdienstvoller Werke verdankt. Mitunter waren die Könige mit einem Wesen identifiziert worden, das auf dem Wege zu höchster Erleuchtung, zur Budhaschaft, ist. Aus dem hinduistischen Kontext stammt die Vorstellung, daß der König eine Inkarnation einer Gottheit ist. Obwohl schon seit langem ein Prozeß der Säkularisierung des Königtums eingesetzt hat und auch die Massen der Bevölkerung nicht klar identifizieren können, was für ein Wesen der König ist, haftet ihm doch eine gewisse religiöse Heiligkeit an, über die andere Menschen nicht verfügen.

Dieser Glaube an das königliche Charisma hat eine Rolle für den Staatsstreich vom 6. Oktober 1976 gespielt. So unterstützten die sog. "Luk Chao Ban" (Village Scouts), eine Massenorganisation für Erwachsene im Stil der Pfadfinderbewegung, den konservativen Trend. Der König ließ sich bei den Gruppen dieser schon vor dem Staatsstreich bestehenden Organisationen häufig sehen und verteilte Halstücher und Ehrenabzeichen. Die vom König stammenden Halstücher gelten als heilig. Die Bauern und andere einfache Leute, die vorher anonyme Masse waren, erhielten eine Identität, ausserkennen, als "Junge Tiger der Bevölkerung", wie die Organisation wörtlich übersetzt heißt, Auge und Ohr der sozialen Ordnung zu sein. Ursprünglich als private Organisation gegründet und vom König patronisiert, wurde für diese Organisation nach dem Staatsstreich im Innenministerium ein eigenes Referat gebildet, das anstrebt, in Kürze die Mitgliederzahl auf 1 Million Menschen zu erhöhen.

Diese Bewegung ist für das herrschende Lager eines der besten Bollwerke gegen kommunistische Propaganda und andere sozialkritische Bewegungen. Insofern kann man sagen, daß die autoritäre Herrschaftsstruktur, die nun wieder eingeführt ist, auf der Unterstützung von Massen der Bevölkerung beruht, deren Sozialpsychologie eben von dieser Struktur geprägt ist. Doch es ist insofern ein Novum, als das herrschende Lager Massen aktivieren und politisch schulen mußte. Diese Massenorganisation wird nun auch ein Wort bei der Gestaltung des politischen und sozialen Lebens mitreden wollen.

5. Widersprüche im herrschenden Lager

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, so etwa die Regierungszeit des Diktators Sarit Thanarat (gest. 1963), war die thailändische Politik seit der Abschaffung der absoluten Monarchie stets widersprüchlich und selten gradlinig. Selten gab es ein dominantes Machtzentrum. Die Regel sind vielmehr mehrere Machtzentren, um die sich Cliques ballen, die ihrerseits bestimmte Teile der Ministerien, der Armee und des Kabinetts so beeinflussen, daß Pläne und erklärte Vorsätze nur verwässert realisiert werden. Dies ist auch der Grund, warum die Militärregime der Vergangenheit in Thailand stets einen etwas liberaleren Eindruck hinterlassen, als dies in anderen Ländern Asiens der Fall ist.

Ähnlich scheint auch das Schicksal des neuen Regimes zu sein. Eine Reihe von Absichten, die nach dem 6. Oktober 1976 verkündet wurden, beginnen bereits im Machtkampf verschiedener Cliques in den Hintergrund zu rücken. Auch prominente Vertreter des demokratischen Regimes, die ihrerseits persönliche Verbindungen zum jetzt herrschenden Lager haben, melden sich zu Wort. Die Zeitungen, durch eine 9-Punkte-Erklärung zur Selbstzensur gezwungen, scheuen sich nicht mehr davor, darüber zu berichten. Zwei Fälle sollen als Beispiel genügen.

Mitten in die Kampagne der Regierung zur Förderung des Investitionsklimas kam der Innenminister Samak Suntharawat, der gute Beziehungen zum rechten Armee-Flügel hat, mit der Nachricht heraus, daß eine vietnamesische Invasion Thailands unmittelbar bevorstehe. Die Propagierung der kommunistischen Bedrohung, die wohl konservativen Kampfgeist und möglicherweise weitere finanzielle Förderung der Armee bezwecken sollte, vertrug sich nicht mit der Propaganda, daß Thailand ein friedliches und stabiles Land sei, wo ausländische Investoren bedenkenlos ihr Kapital anlegen können. Kükrit Pramot, ein früherer demokratischer Premier-Minister und Chef der "Social Action Party", veröffentlichte daraufhin in seiner Zeitung das Telegramm eines großen ausländischen

Konsortiums, das im Bereich der Ölraffinerien in Thailand investieren wollte, deren Finanzquellen aber nun versiegt seien. Sein dazu geschriebener Kommentar war eine bittere Kritik an dem Innenminister. Bald darauf war fast die ganze thailändische Presse voll mit Beschwerden darüber, wie die Regierung ihr eigenes wirtschaftspolitisches Ziel torpedierte.

Ein zweiter tiefgreifender Zwist entpuppte sich um die Bangkokener Stadtverwaltung, deren aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Spitze von der Militärjunta nicht ersetzt worden war. Dies war zweifellos darauf zurückzuführen, daß der Gouverneur selbst zum rechten Flügel der Demokratischen Partei gehörte, der an dem Staatsstreich beteiligt war. Die enge Freundschaft des Gouverneurs Thammanun Thien-ngoen zum jetzigen Innenminister, die zusammen sogar eine neue Partei gründen wollten, ist inzwischen in die Brüche gegangen. Denn nachdem die Stadtverwaltung erklärt hatte, die fliegenden Händler vom Straßenpflaster Bangkoks zu vertreiben, versagte ihr das Innenministerium die Unterstützung. Die fliegenden Händler konnten sogar eine Demonstration gegen die Anordnung veranstalten, obwohl öffentliche Versammlungen nach wie vor verboten sind und zum Beispiel die Neuorganisation der Gewerkschaften bislang daran scheiterte, daß die Gewerkschaftler bei Beantragung einer Versammlung nicht die Biographien der Teilnehmer an die politische Polizei übergeben wollen. Der Bangkok-Gouverneur kritisierte dann in einer öffentlichen Pressekonferenz, daß die Demonstration der fliegenden Händler von der "Armoured Radio-Division" angezettelt worden sei. Aber diese Radiostation war es gerade, die durch ihre Propagandasendungen vor dem 6. Oktober 1976 den Staatsstreich ideologisch vorbereitet hatte. Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die fliegenden Händler feuerte der Gouverneur schließlich einen seiner gewählten Stellvertreter. Dies wiederum nahm das Stadtparlament zum Anlaß, dem Gouverneur in einer Pressekonferenz Korruption und Mißmanagement vorzuwerfen.

Der Machtkampf der Generale spielt sich aber auch schon innerhalb des jetzigen "Berater-Ausschusses" für die Regierung ab. Es gibt zum Beispiel die Anhänger des Generals Chalad Hiranyasiri, den die Junta kurz nach dem Staatsstreich in Pension geschickt hatte, angeblich weil er sich nicht - wie befohlen - präsentierte. Ebenso hatte die Junta einen anderen General, Withun Yassawat, nach dem Coup abserviert. Als dritter Machtfaktor müssen die Freunde und Anhänger von Feldmarschall Thanom Kittikachorn angesehen werden, dessen Aufenthalt im Kloster lediglich vorübergehend war. Anfang 1977 ist auch sein Stellvertreter, der Feldmarschall Praphat Charusathian, aus seinem taiwanesischen Exil nach Thailand zurückgekehrt. Die Erklärung dieser beiden Herren, sie wollten nichts mehr mit Politik zu tun haben und lediglich einen ruhigen Lebensabend verbringen, wird hier nach wie vor mit Skepsis aufgenommen.

Starken Einfluß und große Anhängerschaft innerhalb der Armee hatte auch bislang die Chat-Thai Partei, deren beide Führer, Praman Adireksan und Chatchai Chunhawan, aus der Armee ausgeschiedene Generale sind. Diese Gruppe scheint in starkem Widerspruch zur Militärjunta zu stehen. Und die Tatsache, daß sämtliche prominente Vertreter der Chat-Thai Partei jetzt von politischer Verantwortung ausgeschlossen wurden, ist von verschiedenen Beobachtern als ein Fehler des neuen Regimes gewertet worden.

Was auch immer an oppositionellen Staatsstreichen und Gegenstaatsstreichen in der nächsten Zukunft drohen mag, es ist höchst unwahrscheinlich, daß sich dadurch das politische System wesentlich liberalisiert. Für den Fall eines Gegencoups sind eher noch schärfere Varianten autoritärer Führung denkbar. Die Wiedereinrichtung eines parlamentarischen Systems hat zur Zeit wenig Aussichten, da ein Machtwechsel nur mit Hilfe der Armee denkbar ist und unter den militärischen Führern keine Bereitschaft zu einem neuerlichen demokratischen Experiment besteht.